



Freie Wähler

Haushaltsrede

Zum Doppelhaushalt 2009 / 2010

am 16. Dezember 2008

Gerolf Staschull
Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler

Herr Oberbürgermeister, Frau Bürgermeisterin, meine Herren Bürgermeister, liebe Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher, Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung und der Gesellschaften, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

kaum eine groteskere Situation und kaum ein seltsamerer Zeitpunkt, den man sich für das Einbringen eines städt. Haushaltes vorstellen kann. Wir befinden uns nach Aussage von Experten in einer noch nie dagewesenen globalen Finanzkrise (Steinbrück, Clement), deren bereits realisierten und noch drohenden Nachteile auch für unseren städt. Haushalt nicht ohne Auswirkungen bleiben werden. Und unser 1. Bürgermeister, der Herr der Finanzen, sprach letzte Woche noch von der besten Haushaltssituation der Nachkriegszeit. Es hat noch keine Situation gegeben, in welche der Satz des ehemaligen US Notenbankchefs Alan Greenspan besser gepasst, wie die jetzt aktuelle, als er formulierte:

**„Wenn Sie glauben, sie hätten mich verstanden,
dann habe ich mich falsch ausgedrückt.“**

Ich möchte zu Beginn meiner Rede aber nicht weiter auf die Finanz- und Wirtschaftskrise eingehen und mir Gedanken

über deren Auswirkungen auch auf Freiburg machen. Ich verleugne aber nicht, dass auch wir hier die Auswirkungen des Wirtschaftsabschwungs zu spüren bekommen. Doch ich denke, dass wir von den Chinesen lernen können. Sie haben dasselbe Schriftzeichen für die Worte Krise und Chance. Die Finanzlage wird im Jahre 2009 trotz derzeit noch guter Konjunktur angespannt sein. Bei der Beurteilung der kommunalen Finanzsituation darf der Blick allerdings nicht nur auf die Einnahmeseite gerichtet sein. Nachhaltige Haushalts-Konsolidierung muss auf der Ausgabenseite ansetzen. Doch, und das ist wesentlich für das Verständnis der Lage, die Ausgabenseite kann von den Kommunen kaum mehr beeinflusst werden. Allenfalls bei den freiwilligen Aufgaben können die Kommunalpolitiker auf die Bremse treten. Dies bereitet jedoch weder Freude noch schafft es Freunde. Wir selbst haben es bei der Einbringung des letzten Doppelhaushaltes hautnah erleben müssen. Aber auch heute, bei der Einbringung des uns vorliegenden Doppelhaushaltes, gibt es keine neuen Verteilungsspielräume. Die Beschreibung der aktuellen Finanzsituation, wie vage sie heute dargestellt werden kann, bliebe jedoch unvollständig, wenn nicht auch die Herausforderungen für die Zukunft dargestellt würden.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Haushaltsentwurf für die nächsten 2 Jahre steht heute unter einem anderen Stern als der, den wir vor eineinhalb Jahren verabschieden mussten. Sprudelnde Steuereinnahmen, noch mehr als die Steuerschätzung im Mai voraussagte, ließen bei der Erstellung des Haushaltsentwurfes nicht geahnte Spielräume, aber keine Spielwiesen zu. Die guten Eckdaten beruhen aber nicht allein auf Zuwendungen durch Bundes- und Landeszuweisungen, sondern wurden zu einem großen Teil

durch die positiven Auswirkungen der Verwaltungsreform erwirtschaftet. Mit dem Wissen, dass die Steuereinnahmen nicht jährlich weitersteigen, sondern aus vorgenannten Gründen auch einbrechen können, ist die Erarbeitung und Erfolg der Verwaltungsreform zu einem der wichtigsten Instrumente der Haushaltsstrukturreform geworden. Der Verwaltung insgesamt, aber auch jede Mitarbeiterin und jedem Mitarbeiter gilt genauso wie dem Gesamtpersonalrat unser besonderer Dank für die nicht immer leichten Aufgaben, die Inhalte in die Praxis umzusetzen.

Deshalb können wir heute auf die Chancen setzen, die sich für unsere Stadt und die Menschen die in ihr Leben, auch in dieser Zeit ergeben. Chancen zu nutzen, setzt Freiheit, persönliche Freiheit voraus. Wir Freie Wähler setzen deshalb unser Vertrauen in die Menschen, die ihre Lebensverhältnisse selbst am besten und ohne staatliches Zutun regeln können. Nur in den Fällen, in denen die Menschen selbst nicht in der Lage sind, ihre Aufgaben und Probleme selbst zu lösen, und davon gibt es leider immer mehr, ist staatliches Handeln geboten. Freiheit bedeutet jedoch auch die Übernahme von Verantwortung. Gerade in den letzten Wochen und Monaten mussten wir erfahren, wie sie zu Lasten anderer ausgenutzt und die Verantwortung und deren Folgen bei der Allgemeinheit abgeladen wurde. Deshalb muss Verantwortung neu definiert und Regeln neu geschaffen werden.

Lassen sie mich in der kurz bemessenen Zeit einige wichtige Punkte, die uns bei den Haushaltsberatungen beschäftigten, hervorheben. Aber, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen sie mich auch einmal wenigstens dieses Haus, den Gemeinderat loben. Auch er

hat seinen Teil erheblich dazu beigetragen, dass durch seinen Mehrheitsbeschluss vom Mai 2007 in weiser Voraussicht bis heute die gemeinsame Strategie Bestand hat. Alle Steuermehreinnahmen werden ausschließlich zur Sanierung von Schulen, notwendigen Investitionen und zum Schuldenabbau zur Entlastung der nachfolgenden Generation verwendet. Deshalb war es uns auch nicht möglich, damals vorgenommene Kürzungen aufgrund einer verbesserten heutigen Haushaltslage zurück zu nehmen.

Der Sozialbereich belastet den städt. Haushalt nach wie vor am meisten. Trotz des sozialen Netzes vom Bund und Land müssen jährlich mehr als 90 Millionen Euro aufgebracht werden. Die größten Probleme bereiten die steigende Kinderarmut, die Arbeitsmarktsituation und die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum. Finanzielle Hilfen, für die Mitbürgerinnen und Bürger, die sie am notwendigsten haben, müssen Vorrang vor noch so gut gemeinten Projekten und Präventionsarbeit stehen. Erfreulicherweise ist heute der Handlungsspielraum, dank einer strukturell verbesserten Haushaltsführung, etwas größer, so dass gezielte und neuformulierte Hilfen gewährt werden können. Die Stadt nimmt richtig viel Geld in die Hand und baut das Angebot für Kinderbetreuung mehr als derzeit der Gesetzgeber fordert, Schritt für Schritt aus. Um aber den Rechtsanspruch zu verwirklichen, bis 2013 durchschnittlich 35% für unter Dreijährige Plätze zu schaffen, müssen Bund und Land mehr Mittel als bisher veranschlagt, zeitnah zur Verfügung stellen. Das Land steht nach den Konnexitätsregelungen in der Pflicht, die finanziellen Belastungen durch die zusätzlichen Betreuungsangebote auszugleichen.

Bisher gibt das Land nicht einmal die vom Bund bereitgestellten Mittel eins zu eins weiter.

„Wenn es um Bildung geht, ist Geld nicht alles“, so der Bundespräsident. Wir brauchen eine Diskussion darüber, wie wir zu einem Einstellungswandel kommen, nicht nur in den Kinderzimmern und Elternhäusern sondern eben auch in unseren Bildungseinrichtungen. Jede Bildungsinstitution muss lernen, sich als Teil eines übergreifenden Prozesses zu verstehen, in dessen Mittelpunkt der Lernende steht. Von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterqualifizierung Älterer gibt es bei uns einen erheblichen Nachholbedarf“.

Meine Damen und Herren, wir wussten es schon immer, Freiburg ist eine Stadt der Kulturen und der Künste. Es bedurfte aber zunächst der Erarbeitung und Verabschiedung eines Kulturkonzeptes vor zwei Jahren, um die Vielfalt der Themen, ihrer Einrichtungen und ihre Inhalte zu erfassen. Heute sind wir durch viele Anstrengungen und gemeinschaftlicher Arbeitskreise ein großes Stück vorangekommen. Vor wenigen Tagen wurden die Handlungskonzepte Kulturelle Bildung, Kulturelle und Interkulturelle Vielfalt, Kulturelles Erbe, sowie Stadt der Künste verabschiedet und finanziell unterlegt. Die Zielvereinbarung mit dem Eigenbetrieb Theater ist für uns ein wichtiger Schritt dahin, zukünftig kein Theater ums Theater mehr zu haben. Neben dem Flaggschiff müssen aber auch die Freien Theater und die kulturellen Träger ihre Daseinsberechtigung haben und bedürfen, allerdings gezielt, der Unterstützung aus dem Kulturretat, der sich immerhin in den kommenden beiden Jahren auf jeweils rund 26 Millionen Euro beläuft.

Dem Beteiligungsbericht der 20 Gesellschaften, 15 wirtschaftlich bedeutenden städt. Beteiligungsgesellschaften, 4 Eigenbetrieben und 10 Zweckverbänden, der uns die letzten Tage vorgelegt wurde, ist erfreulicherweise zu entnehmen, dass sie insgesamt ihren Aufgaben mehr als gerecht wurden. Zahlreiche Bereiche der Daseinsvorsorge sind ihnen übertragen und werden in großer Eigenverantwortlichkeit ausgeführt ohne sich vom „Konzern Stadt“ abzunabeln, was uns wichtig erscheint. Bereits vor Jahren eingesetzte Strukturveränderungen und Optimierungsprozesse bestätigen die Erwartungen an steigende Wirtschaftlichkeit ohne das Leistungsspektrum für den Bürger zu schmälern, was uns ebenso am Herzen liegt. Bei Umsatzerlösen im Jahre 2008 in Höhe von voraussichtlich über 1 Milliarde Euro wird eine Abführung an den städt. Haushalt von 19 ½ Millionen Euro erzielt.

Meine Damen und Herren, wo sehen die Freien Wähler Aufgaben der Zukunft?

Die Einführung der kaufmännischen Buchführung – Doppik – nimmt derzeit einen Platz ganz oben auf der Reformagenda der Kommunalverwaltung ein. Mit der Einführung der Doppik verbindet sich zu Recht die Erwartung, dass ein „ressourcenorientiertes“ Rechnungswesen besser als die Kameralistik geeignet ist, eine nachhaltige und wirtschaftliche Haushaltsführung zu ermöglichen. Durch die Einführung der Doppik allein wird sich die wirtschaftliche Lage der Stadt nicht verändern. Sie wird vielmehr nur anders und umfassender dargestellt. Die Haushaltskonsolidierung wird nur dann vorankommen, wenn es auch gelingt, die Steuerung des Ressourceneinsatzes mit Hilfe der Doppik in der Praxis zu verbessern. Das GMF ist derzeit fieberhaft

dabei, in ersten Ansätzen die Grundvoraussetzungen dafür zu schaffen, indem sie alle öffentlichen Gebäude, Immobilien, Straßen, Plätze und Grundstücke erfasst, auflistet und bewertet. Nach Abschluss dieser umfangreichen Recherchen und Berechnungen hat die Stadt endlich einen Überblick über ihr tatsächliches Besitztum.

Ein weiteres Thema, welches wir in nächster Zukunft behandelt wissen wollen, ist die Realisierung der nun fast 2 Jahrzehnte dauernden Planung der Sporthalle am Berufsschulzentrum an der Bissierstraße. Nicht erst seit der Verabschiedung des Sportentwicklungsplanes steht fest, dass in Freiburg mindestens 2 dreigeteilte Sporthallen fehlen. Seit Jahren mahnen die Vereine Hallenkapazitäten für ihren Übungs- und Wettkampfbetrieb an. Selbst mit dem Wissen um den vordringlichen Bedarf der anstehenden und noch Jahre dauernden Sanierungsarbeiten der Freiburger Schulen und deren Turnhallen, ist ein Hinausschieben keine Lösung der akuten Notlage. Die jüngst auf der Mitgliederversammlung des Sportkreises angesprochenen Themen der flächendeckenden Einrichtung von Ganztagschulen, wir sprechen realistischer von Ganztagsbetreuung, und des G 8 Schulsystems, erfordern bei der Umsetzung mehr Spielraum an Hallenkapazitäten als bisher. Wir müssen deshalb nach zeitnahen Lösungen suchen. Deshalb ist, nachdem leider auch in der mittelfristigen Finanzplanung keinerlei Mittel für die Errichtung einer Sporthalle eingesetzt sind, zu überlegen, ob nicht zum Ziel einer Realisierung durch ÖPP, welches wir aus der Notlage unseres Haushaltes vor knapp 2 Jahren schon einmal ins Auge gefasst haben, eine politisch gewollte Innovationsoffensive gestartet werden sollte. Inzwischen sind in Deutschland etwa 300 ÖPP-Projekte zu verzeichnen die sich seit 2005 jährlich verdoppeln. ÖPP ersetzt zwar

keine Haushaltskonsolidierung, kann jedoch einen Beitrag leisten, notwendige Infrastrukturprojekte zu verwirklichen.

Mit dem erstmals im Rahmen des Doppelhaushaltes 2009/2010 eingeführten Beteiligungshaushalt hat Freiburg Neuland betreten. Während viele Kommunen in Baden-Württemberg und vor allem darüberhinaus schon Erfahrungen sammeln konnten, stehen bei uns erste Ergebnisse fest. Neu war das erstmals eingeführte Verfahren des Gender Budgeting. Wir waren mit dem Konzept, der Vorbereitung und der Durchführung aller drei Verfahrensabschnitte zufrieden und erwarten gespannt in Kürze den Abschlussbericht. Erst dann sollte man über das weitere Vorgehen und deren Finanzierung beraten. Grundsätzlich hat der Gemeinderat bereits der Fortführung der Bürgerbeteiligung in den kommenden Jahren zugestimmt.

Es ist gut so, dass sich die Parteien, auch in diesem Hause, von einander unterscheiden. Und es ist gut so, dass wir uns von den Parteien unterscheiden. Der gravierende Unterschied liegt darin, dass wir uns ausschließlich den Bürgerinnen und Bürgern, und zwar allen, verpflichtet fühlen ihre Interessen in der Kommunalpolitik zu vertreten. Denn dafür, und nur dafür, haben wir das Mandat auf Zeit von ihnen erhalten.

Abschließend und üblich darf der Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht fehlen, die an diesem umfangreichen 800 Millionenwerk mitgearbeitet haben. Ich danke dem Oberbürgermeister und seinen Kollegen, die sicherlich in ihrer Dezernentenrunde manche harte Nuss zu knacken

hatten. Offensichtlich sind die meisten aufgegangen. Ich danke allen Mitarbeitern in den Ämtern, Dienststellen und städt. Gesellschaften, ebenso wie den Mitgliedern der Personalräte. Und Ihnen meine Kolleginnen und Kollegen danke ich für die zumeist vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit.

Mit dem Zitat des chinesischen Philosophen **Laotse**,

**„Verantwortlich ist man nicht nur für das, was man tut,
sondern auch für das, was man unterlässt.“**

möchte ich meine Ausführungen schließen und danke Ihnen dafür, dass Sie mir zugehört haben.